Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 69. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 23. März 1927

Deutschlands außenpolitische Lage

Dr. Stresemann vor dem Reichstag.

Für friedliche Entwicklung.

Seit Tagen schon war in der öffentlichen politischen Aussprache die Erwartung gesteigert worden auf die Darlegungen des aus Genf zurückgekehrten Reichsaußenministers über den Stand der deutschen Außenpolitik. Wenn dem Zuhörer im Reichstagssaal bei Beginn der Rede Dr. Stresemanns die vielen leeren Sitze der Abgeordneten entgegengähnten, wenn die Tribünen im Gegensatz zu anderen Tagen nur schwache Besetzung aufwiesen, so konnte man fast auf den Gedanken kommen, dem Volke und seinen berufenen Vertretern sei die Außenpolitik zurzeit ziemlich gleichgültig. Ein etwas satirisch veranlagter Staatsbürger meinte allerdings, man wisse die außenpolitischen Dinge in so vortrefflichen Händen, daß man sich darum überhaupt nicht mehr zu kümmern brauche. Selbst die Ministerkollegen des Redners waren nicht zu sehen. Erst allmählich fanden sich Reichskanzler Marx und Vizekanzler Hergt ein. Das gute Beispiel wirkte: einzeln, zu zweien und dreien erschienen mehr und mehr auch die Reichsboten und schließlich hatte Dr. Stresemann noch ein ansehnliches Auditorium. Er sprach energisch, auch im Äußern sichtlich durch seinen Aufenthalt im Süden gekräftigt. Energisch, aber diplomatisch zurückhaltend. Die gebotene Zurückhaltung Deutschlands bei den schwebenden Konflikten im Fernen Osten, am Balkan, beim englisch-russischen Gegensatz betonte er, die selbstverständliche strenge Neutralität. Aber seine Stimme hob sich, als er die Forderung nach baldiger Räumung des Rheinlandes eine Forderung der gesamten deutschen Nation nannte — ohne Unterschied der Parteien. Diese Räumung sei eine natürliche Folgerung aus dem von Deutschland in Locarno, in Genf gezeigten Friedenswillen. Ihre Erfüllung dürfe nicht überlange auf sich warten lassen, solle die Hoffnung auf friedliche Entwicklung Europas nicht enttäuscht werden. Und das Haus zollte den Worten Beifall. Dann eröffnete Dr. Breitscheid von den Sozialdemokraten den Reigen der Parteiredner.

*

Sitzungsbericht.

(293. Sitzung.) CB. Berlin, 22. März.

Die zweite Lesung der Haushaltspläne des Postministeriums und der Reichsdruckerei wurde Montag abend in einer bis 10 Uhr ausgedehnten Sitzung erledigt. Heute ging das Haus an die Beratung des

Etats des Auswärtigen Amtes.

Zunächst berichtet Abg. Dr. Hoetzsch (Dtn.) über die Ausschußverhandlungen, die sich wesentlich im Rahmen des Sachlichen und der Verwaltungsangelegenheiten hielten. Nachdem Dr. Hoetzsch seine Ausführungen in kurzer Zeit beendet hat, nimmt das Wort sofort

Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Er spricht zunächst über die Finanzlage im Haushalt des Auswärtigen Amtes. Dieser spielt im Rahmen des Gesamthaushalts nur eine bescheidene Rolle; im vorigen Jahre umfaßte er 55 Millionen, in diesem Jahr 59 Millionen. Eine Million weniger an Einnahmen hat die erfreuliche Verringerung der Paßgebühren verursacht. Der Minister kommt dann auf die bekannten Pläne zu sprechen, die dahin zielen, infolge von Berliner Straßendurchbrüchen die Geschäftsräume des Auswärtigen Amtes zu trennen. Jeder Außenminister würde so wie er sich gegen solche Pläne verwahren, man dürfe ihm keine persönlichen Motive unterschieben. Nun geht der Minister zu den außenpolitischen Fragen über und sagt:

In den vergangenen Jahren habe ich in einer Erörterung der außenpolitischen Fragen die Aufgaben unserer Außenpolitik im Rahmen der Beziehungen Deutschlands zu den einzelnen fremden Staaten zur Sprache gebracht. Die großen Fragen, um die es sich für uns speziell handelte, sei es

die Reparations-, die Rheinlands-, die Sicherheits- oder die Völkerbundsfrage,

waren so gelagert, daß unsere Stellungnahme zu ihnen sich aus den Fragen selbst und unserem Verhältnis zu denjenigen Ländern ergaben, die uns dabei gegenüberstanden. Lassen Sie mich heute einen anderen Weg gehen. Wir sehen in der gesamten Weltlage Entwicklungen, die uns zwingen, bei unseren außenpolitischen Erwägungen mehr und mehr auch die Faktoren zu berücksichtigen, die außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen stehen.

Wir sehen einmal höchst bedeutsame Vorgänge, die sich im Fernen Osten abspielen. Wir sind ferner Zeuge von ernsten Auseinandersetzungen zwischen zwei großen Ländern, deren Politik für Deutschland von unmittelbarer Bedeutung ist. Dazu kommen in den letzten Tagen überraschende Nachrichten, die darauf hinweisen, daß auch die mit der Lage auf dem Balkan zusammenhängenden internationalen Beziehungen Elemente der Unsicherheit aufweisen. Man wird gutun, von den alarmierenden Meldungen, mit denen zunächst über die letzteren Vorgänge berichtet wurde, viel abzustreichen.

Soweit sich die Dinge bisher von Deutschland aus übersehen lassen, glaube ich nicht, daß irgendwelche akute Gefahr besteht. Ich glaube das insbesondere aus den Mitteilungen schließen zu können, die, wie in der Presse bereits bekanntgegeben, die italienische Regierung uns in diesen Tagen zugehen ließ. Der Wille, Europa vor jeder Kriegsgefahr zu bewahren, hat in allen Ländern so stark Wurzel geschlagen, daß ein Friedensbruch der Weltverurteilung verfallen würde.

Die Stellung Deutschlands

in diesen großen internationalen Fragen ist von vornherein eine gegebene. Seit den letzten Jahren hat sich die außenpolitische Lage Deutschlands in weitgehendem Maße geklärt. Wir haben infolge dieser Klärung eine feste Grundlage für die Entschließungen gewonnen, vor die wir etwa künftig gestellt werden könnten.

Deutschland hat nur das eine große Interesse, daß die Entwicklung nicht unterbrochen, und daß die Bemühungen um die Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit am Wiederaufbau Europas nicht gestört werden. Wir können nichts dabei gewinnen, daß Verwicklungen zwischen dritten Staaten entstehen, welche Mächte das auch sein mögen. Wir können ebensowenig wünschen, daß sich die Staaten Europas, wie vor dem Weltkriege, in zwei getrennten Lagern gegenüberstehen. Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbündnisse nicht in Betracht, sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Verständigung und des Ausgleichs widerstreitender Interessen fördert.

Daraus ergibt sich, daß die Ereignisse, von denen wir sprachen, an der grundsätzlichen Einstellung unserer bisherigen Außenpolitik nichts geändert haben und auch künftig nichts ändern werden. Wohin unsere Wege gehen, das zeigen die internationalen Verträge, die wir in den letzten Jahren getätigt haben. Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den Berliner Vertrag. Damit liegen unsere Absichten und Ziele offen vor aller Welt zutage. Daß wir uns in dieser Situation von jeder unnötigen Einmischung fernzuhalten haben, versteht sich von selbst. Soweit aber Deutschland zu einer Mitwirkung berufen sein sollte, kann unser Bemühen nur darauf gerichtet sein, zur Beseitigung jener Spannungen das Unsrige beizutragen. Sie werden es begreiflich finden, wenn ich mich angesichts der gegenwärtigen Lage auf diese allgemeinen Bemerkungen beschränke. Es gehört jedoch in den Zusammenhang dieser großen allgemeinen Frage, daß ich noch auf einen Einzelpunkt hinweise, der bei der Stellung Deutschlands gegenüber etwaigen Konflikten dritter Mächte von Wichtigkeit sein könnte. Zu meiner Überraschung haben einzelne russische Zeitungen plötzlich wieder die altbekannte Frage aufgerollt, ob Deutschland bei Verwicklungen in östlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten

den Durchmarsch durch deutsches Gebiet

zu gestatten habe. Diese Frage ist aus Anlaß der Locarnodebatte hier so ausgiebig behandelt worden, daß es nicht nötig ist, darauf noch einmal sachlich in allen Einzelheiten einzugehen.

Für die Frage des sogenannten Durchmarschrechtes kommt ausschließlich der bekannte Artikel 16 der Völkerbundsatzung in Betracht, und zwar nach Maßgabe der ebenso bekannten Note, welche die übrigen Locarnomächte hinsichtlich der Tragweite dieses Artikels an Deutschland gerichtet haben. Weitere Abmachungen irgendwelcher Art über diese Fragen bestehen nicht.

Ich kann nur meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß einzelne russische Zeitungen es für angebracht halten, die Wahrheit und Vollständigkeit der früheren offiziellen deutschen Erklärungen in Zweifel zu ziehen und erneute Erklärungen in dieser Angelegenheit zu fordern. Zu solchen neuen Erklärungen liegt keinerlei Anlaß vor. Seit meinen letzten Darlegungen über unsere eigene auswärtige Politik hat Deutschland an zwei Tagungen des Völkerbundrates teilgenommen. Die Ergebnisse dieser Tagungen umfassen die Fragen der Regelung des Investigationsprotokolls, insbesondere die Beseitigung der oft diskutierten „éléments stables" im Rheinlande, die Aufhebung der Militärkontrolle über Deutschland, die inzwischen Tatsache geworden ist, sie umfassen den für spätestens Juni vorgesehenen

Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet

und die Errichtung des dortigen Bahnschutzes, ferner Fragen der Behandlung deutscher Minderheitsschulen im Auslande. Darüber hinaus haben wir an der Behandlung von Fragen teilgenommen, die mittelbar durch den grundsätzlichen Charakter der getroffenen Entscheidung sowie durch unsere Mitwirkung an unterstützenden Aktionen im Völkerbund oder an der Beseitigung von Streitfragen zwischen verschiedenen Nationen uns die Möglichkeit geben, in diesen Fragen mitzuarbeiten.

Die beiden Tagungen des Völkerbundrates haben einen neuen Beweis dafür erbracht, wie richtig der Entschluß war, Deutschland durch den Eintritt in den Völkerbund die Möglichkeit dieser aktiven Mitarbeit zu geben. Die Deutschland berührenden Fragen stehen im Völkerbund besonders in der vordersten Reihe, weil der Völkerbund neben seinen großen allgemeinen Aufgaben auch zum Vollstrecker einer Reihe von

Bestimmungen des Versailler Vertrages

gemacht worden ist und wir selbstverständlich in diesen Fragen als Sachwalter unserer eigenen Angelegenheiten auftreten. Das haben wir im Dezember und am Anfang dieses Monats getan und das werden und müssen wir weiterhin tun. Gewiß ist es uns nicht in allen bezeichneten Fragen gelungen, den deutschen Standpunkt restlos zur Geltung zu bringen. Wir haben bei Aufrechterhaltung unseres Rechtsstandpunktes in einigen wichtigen Punkten uns zu Kompromissen für die Gegenwart verstanden. Wir haben uns dabei auch nicht gescheut, in offener und ausführlicher Diskussion unseren deutschen Standpunkt und die Kritik der Tätigkeit des Völkerbundes in früheren Zeiten bestimmt zum Ausdruck zu bringen. Es zeugt von der Stabilität des Völkerbundes, daß der Völkerbundrat sich durchaus tragfähig erwiesen hat für die offene Diskussion, wie sie letzthin dort stattgefunden hat. Gerade diese offene Diskussion im Völkerbundrat und die im Anschluß an jede Völkerbundtagung gegebene Möglichkeit zu offener vertrauensvoller Aussprache mit den leitenden Staatsmännern anderer Staaten berechtigen uns zu der Erwartung, daß der loyale Verständigungswille, den wir bei Erörterung dieser Fragen gezeigt haben, auch von der Gegenseite in den großen Fragen bewiesen wird, deren Lösung noch vor uns liegt. Sie wissen alle, an welche Fragen ich dabei denke. Wir waren zu der Hoffnung berechtigt, daß man auch in denjenigen Ländern, welche noch Truppen im Rheinland stehen haben, zu der Erkenntnis gekommen wäre, daß eine

baldige Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes

an Deutschland eine Notwendigkeit wäre. Wir stehen heute vor der Tatsache, daß wir uns in den letzten Monaten von der Erfüllung dieses Wunsches eher entfernt haben, als daß wir ihr nähergekommen wären. Ich will an dieser Stelle und zu dieser Stunde auf die Ursachen, die hierzu geführt haben, nicht eingehen. Sie liegen außerhalb und nicht innerhalb Deutschlands. Wenn ich als Außenminister angesichts des augenblicklichen Standes der Dinge dazu rate, die weitere Entwicklung dieser ohne Ausbrüche der Ungeduld abzuwarten, so weiß ich, wie leicht ein derartiger Standpunkt sich kritisieren läßt. Ich bitte Sie aber, das Wort „abwarten" nicht gleichzusetzen mit dem Gedanken passiver Resignation seitens der Regierung. Sie wissen, daß die Regierung, wenn sie die Räumung des Rheinlandes fordert, sich stützen kann auf die im Versailler Vertrag selbst gegebenen völkerrechtlichen Grundlagen, sich stützen kann auf die moralische Auswirkung der Locarnoverträge, sich stützen kann auf jene von den führenden Großmächten Europas gewünschte Entwicklung eines guten Einvernehmens mit Deutschland, das mit der Aufrechterhaltung der Besetzung des Rheinlandes schlechterdings nicht vereinbar ist.

Wir wissen ebensogut, daß die alsbaldige Räumung des Rheinlandes ohne den guten Willen der anderen beteiligten Mächte schwer erreicht werden kann. Es wird und muß aber auch im Auslande die Erkenntnis reifen, daß das, was wir erstreben, nicht eine bloße Vergünstigung für Deutschland ist. Es handelt sich dabei vielmehr um die natürliche Folgerung der bisherigen politischen Entwicklung, um eine Konsequenz, die im Interesse aller beteiligten Länder liegt.

Man kann diese Konsequenz nicht lange hinausschieben, wenn jene Entwicklung nicht gestört werden soll. Es gibt in dieser Forderung keine Differenzierung unter den deutschen Parteien. Sie ist eine

Forderung des gesamten deutschen Volkes.

Was wir von der Volksvertretung und der öffentlichen Meinung erbitten, ist lediglich das Vertrauen, der Regierung die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Schritte nach dem weiteren Verlauf der Dinge zu tun sind.

Mir lag daran, in dieser Stunde der Entwicklung großer europäischer Fragen mich auf die wesentlichen Gesichtspunkte zu beschränken, und ich hoffe zugleich im Namen der Reichsregierung, daß der Deutsche Reichstag in der Beurteilung dieser Fragen mit ihr einig gehen wird.

Die Rede des Ministers, die vom Hause durchweg mit großer Ruhe angehört wurde, erhielt bei ihrer Beendigung lebhaften Beifall.

Die Aussprache der Parteien

begann sofort der sozialdemokratische Abg. Dr. Breitscheid. Er gab zunächst seiner Sorge Ausdruck wegen der drohenden Wolke am außenpolitischen Horizont. Immerhin haben der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Beseitigung der Militärkontrolle die Aussichten einer Verständigung mit Frankreich verstärkt und auch innenpolitisch sei die Zustimmung der Deutschnationalen zur Völkerbundpolitik ein Fortschritt. Der Redner bedauerte dann, daß der Völkerbund in China noch nicht genügend eingreifen könne. Er erklärte die Behauptung für unsinnig, wonach der englische Außenminister versucht habe, Deutschland in eine kriegerische Koalition gegen Sowjetrußland hineinzuziehen. Deutschland denke aber nicht daran, sich zum Vorposten Rußlands in Europa zu machen oder dem Ausdehnungsdrange der Sowjets anders gegenüberzustehen als dem des englischen Kapitalismus. Der Redner empfahl eine Verständigung mit Polen. Bei dem durch Mussolini verursachten italienisch-jugoslawischen Konflikt müsse Deutschland sich natürlich völlig neutral verhalten. Das Genfer Ergebnis sei ein Mißerfolg Deutschlands gewesen. Die Deutschnationalen hätten das Mißtrauen des Auslandes erweckt und eine vernünftige deutsche Außenpolitik erschwert. Zu Stresemann hätten die Sozialdemokraten früher Vertrauen gehabt. Dieses Vertrauen könne jetzt suspendiert werden. (Beifall bei den Soz.)

Reichsaußenminister Dr. Stresemann bedauerte die Äußerungen Breitscheids, worin Mussolini als Friedensstörer bezeichnet wird.

Deutschnationale Erklärung.

Abg. Dr. Spahn (Dtn.) gab für seine Fraktion eine Erklärung ab. Bedauerlicherweise seien die deutschen Erwartungen bei den Beratungen des Völkerbundrats getäuscht worden. Auch die für Deutschland besonders wesentlichen Beschlüsse über die Verhältnisse im Saargebiet und in Oberschlesien seien unbefriedigend. Die Beschlüsse des Völkerbundrates, wofür das Kabinett die Verantwortung übernommen hat, seien aber nunmehr auch für die Deutschnationalen die gegebenen Grundlagen für die weitere Arbeit. Daher gäben sie der Erwartung Ausdruck, daß Außenminister und Kabinett in engster Fühlung miteinander dafür sorgen, daß der deutsche Rechtsstandpunkt bei den weiteren Verhandlungen im Völkerbund eingehalten werde. Die Aufrechterhaltung der Besetzung habe nach den von Deutschland gegebenen Sicherheiten jeden Sinn verloren. Ihr Aufhören sei eine unerläßliche Voraussetzung der Verständigung und Befriedung, die nach den Erklärungen aller Staatsmänner von allen Mächten erstrebt wird.

Abg. Kaas (Ztr.) warf einen Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen in Genf und erklärte, daß die Frucht der deutschen Festigkeit im März v. J. nicht ausgeblieben sei. Im Gegensatz vom März des Vorjahres sei der Reichsaußen-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF